

ARBEITERZEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Papen als letzte Rettung?

Schleicher bisher erfolglos - Wollte der ADGB ein Kabinett Schleicher unterstützen?

Berlin, 29. November.
CNB. Das Bild der innerpolitischen Situation hat sich heute Vormittag wieder grundlegend verändert. Die Nationalsozialisten haben den für heute in Aussicht genommenen Besuch von Strasser und Frick beim Reichswehrminister wieder absagen lassen. Den Grund dafür sieht man in politischen Kreisen darin, daß sich die unversöhnliche Richtung innerhalb der Nationalsozialisten, die nach dem Ausgang der Verhandlungen Hitlers unter keinen Umständen paktieren will, durchgesetzt hat.

Diese Absage scheint nicht ohne Rückwirkung auf die Kandidatur des General v. Schleicher für das Kanzleramt zu bleiben. Man weiß, daß der Reichswehrminister dieses Amt ohnehin nur mit innerem Widerstreben übernehmen würde. Diese Einstellung ist durch die Antwort der Nationalsozialisten offenbar noch verstärkt worden. So rechnet man in politischen Kreisen jetzt bereits mit der Wiederbeauftragung des Reichskanzlers v. Papen.

Herr v. Papen hat dem Reichspräsidenten in der bedeutungsvollen Konferenz vom vorigen Sonnabend selber geraten, von seiner Person abzusehen. Er wird einen neuen Auftrag auch in der jetzigen Situation nur sehr schwer annehmen, denn er ist sich über die ungeheuren schweren Aufgaben im klaren, die seiner harren würden in dieser Zeit, in der wir den allerschwersten Wintermonaten entgegengehen. Die Entscheidung drängt jetzt aber, und deshalb ist es wahrscheinlich, daß die ursprünglich erst für morgen in Aussicht genommene neue Konferenz beim Reichspräsidenten bereits heute stattfindet und daß sie schließlich mit der Wiederernennung des Reichskanzlers v. Papen endet. Das ist die vorherrschende Auffassung, die man heute Vormittag in politischen Kreisen hören kann.

Nach Redaktionsschluß erhalten wir vom Wolff-Büro ein neues Telefonat, aus dem sich ergibt, daß Schleicher seine Bemühungen doch noch fortsetzt, in der Hoffnung, in einer persönlichen Unterredung mit Hitler die Nationalsozialisten für eine Tolerierung eines Kabinetts Schleicher zu gewinnen.

Eine endgültige Entscheidung ist daher frühestens Mittwoch zu erwarten.

Schleicher und die Gewerkschaften

Berlin, 29. November.

Obwohl Schleichers Bemühungen bisher ohne Erfolg waren, ist es doch noch von großem Interesse, die Verhandlungen, die während der letzten 48 Stunden durch Schleicher nach den verschiedensten Seiten hin geführt worden sind, zu beleuchten.

Nach einer Besprechung mit dem geschäftsführenden Direktor des Arbeitgeberverbandes, Dr. Breuweiler, empfing Schleicher Vertreter erst der christlichen und dann der freien Gewerkschaften.

Mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaften konnte Schleicher eine ziemlich weitgehende Verständigung erzielen.

Von Seiten der christlichen Gewerkschaften wurde verlangt: Verzicht auf die Fortführung der Versuche zur Verfassungs- und Reichsreform, Umbau der wirtschaftspolitischen Notverordnungen, Beseitigung der Prämienzahlung für die Einstellung neuer Arbeiter, Aufhebung der Tariflohnsetzung und Durchführung eines Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungsprogramms. Auf dieser Basis wären die christlichen Gewerkschaften zur Unterstützung eines Kabinetts Schleicher bereit, und auch Zentrum und Bayerische Volkspartei würden einer Regierung Schleicher einen politischen Waffenstillstand von einigen Monaten gewähren.

Als Vertreter des ADGB waren Leichter und Eggert bei Schleicher.

Die offizielle Mitteilung des ADGB über diese Unterredung besagt lediglich: „Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. November gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung ausgesprochen.“ Das ist eine sehr kümmerliche Information über eine so bedeutsame und aufsehenerregende Verhandlung. Kein Wort über die grundsätzliche Einstellung der Gewerkschaften zu einem Kabinett Schleicher! Man erinnert sich, daß in den letzten Monaten

die Gerüchte über eine

Gewerkschaftsfront von Strasser bis Leipart unter Führung Schleichers

nicht verstummen wollten. Jetzt zeigt es sich, daß Schleicher in der Tat einen derartigen Plan verfolgt. Um so wichtiger wäre eine eindeutige Haltung des ADGB-Vorstandes gewesen. Aus der Tatsache, daß eine solche klare Stellungnahme nicht zu verzeichnen ist, wird die Öffentlichkeit gewisse Schlußfolgerungen ziehen, die nicht im Interesse der freien Gewerkschaften liegen können.

Nach Leipart und Eggert wurde der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, von Schleicher empfangen. Nach den uns vorliegenden bürgerlichen Meldungen hat Dr. Breitscheid erklärt, die SPD werde sich in ihrer Oppositionspolitik keinerlei Beschränkungen auflegen,

auch dann nicht, wenn die freien Gewerkschaften einem Kabinett Schleicher wohlwollend gegenüberstehen und es tolerieren würden.

Auch nach diesen Meldungen scheinen also die Führer des ADGB eine höchst eigenartige Haltung einzunehmen.

Auffallenderweise bringt auch der „Vorwärts“ von Dienstag früh keine nähere Mitteilung über das Verhalten der ADGB-Führung. Es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die verantwortlichen Unterhändler des ADGB sofort eindeutig erklären, ob sie zu einer Unterstützung eines Kabinetts Schleicher oder einer ähnlichen Rechtsregierung bereit gewesen sind!

In der SPD wird gekleistert

Künstlers Regie klappt

Am Sonnabend fand in Berlin der von uns bereits angekündigte außerordentliche Bezirksparteitag der SPD statt. Soweit man aus dem Bericht des „Vorwärts“ ersehen kann, hat die Regie wieder einmal ausgezeichnet geklappt. Da die Verhandlungen des Parteitagess noch am Sonnabend abends abgeschlossen werden sollten, wurde die Diskussion ziemlich bald durch den üblichen Schlußantrag beendet. In einer radikal klingenden Resolution wurde die oppositionelle Stimmung der sozialdemokratischen Funktionäre aufgefangen.

Immerhin ergibt sich sogar aus dem äußerst vorsichtigen Bericht des „Vorwärts“, daß die Stimmung der Funktionäre ziemlich erregt gewesen sein muß. Am deutlichsten erkennt man dies daran, daß bei der Wiederholung der Rede Breitscheids der „Vorwärts“ wiederholt „Beifall und Widerspruch“, „Zustimmung und Widerspruch“ und sogar Protestrufe verzeichnen muß. Breitscheid verteidigte die Tolerierungspolitik und die Haltung der SPD und des Gesamtverbandes zum Berliner Verkehrsstreik; er scheint aber dabei auf beachtlichen Widerspruch gestoßen zu sein. Ueber die Diskussionsredner berichtet der „Vorwärts“ so knapp (für jeden ein Satz), daß es schwer ist, sich ein richtiges Bild zu machen. Soviel ist ersichtlich, daß neben einigen Arbeitern der Reichstagsabgeordnete Dr. Löwenstein eine schärfere Tonart angeschlagen und baldigen Zusammentritt eines Reichsparteitages gefordert hat.

Bei der Beratung der organisatorischen Angelegenheiten kam die Mißstimmung über

die sozialdemokratische Wahlniederlage in Berlin zum Ausdruck. Jedoch gelang es auch hier der Leitung, alle weiterreichenden Anträge abzuwürgen.

So wird nach diesem Berliner Bezirksparteitag zunächst alles beim alten bleiben. Aber die Diskussion in der SPD geht weiter.

Der badische Konflikt

Wie wir gestern bereits kurz meldeten, hat der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokratie beschlossen, das Konkordat und den evangelischen Kirchenvertrag abzulehnen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wurde verpflichtet, unter Anwendung des Fraktionszwanges im Landtag geschlossen gegen die Kirchenverträge zu stimmen. Die Landtagsfraktion ließ zu diesem Beschluß erklären, da die gegenrevolutionäre Lage in Deutschland die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse verlange, werde sie sich dem Beschluß des Parteitagess fügen und gegen die Kirchenverträge stimmen. Die Rebellion der sozialdemokratischen Funktionäre gegen die Politik der Landtagsfraktion scheint damit erfolgreich gewesen zu sein.

Da das badische Zentrum, wie wir auch bereits meldeten, unmittelbar vor dem sozialdemokratischen Parteitage ein schroffes Ultimatum an die SPD gerichtet hatte, in dem für den Fall der Ablehnung des Konkordates die Auflösung der Koalition angekündigt wurde, so ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die badische Koalitionsregierung SPD-Zentrum jetzt in die Brüche geht. Wahrscheinlich wird das Zentrum, mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei, als Minoritätsregierung die Geschäfte weiterführen.

Nicht-Angriffspakte mit der Sowjetunion

Am 27. November ist der vor einigen Monaten abgeschlossene Nichtangriffspakt zwischen der Sowjet-Union und Polen in Warschau durch den polnischen Staatspräsidenten ratifiziert worden.

Am Dienstag, den 29. November, wurde ein gleichlautender Nichtangriffspakt zwischen der Sowjet-Union und Frankreich durch den französischen Ministerpräsidenten und den Sowjetrussischen Botschafter in Paris unterzeichnet.

Der Inhalt des Nichtangriffspaktes zwischen Frankreich und der Sowjet-Union entspricht im wesentlichen den Bestimmungen der bisher abgeschlossenen Pakte und gleicht bis zu einem gewissen Grade auch den Bestimmungen des schon vor zehn Jahren abgeschlossenen Rapallo-Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetregierung. Der mit Frankreich abgeschlossene Vertrag enthält nach einer WTB-Meldung:

Eine Präambel und sieben Artikel. In der Präambel wird erklärt, daß der französisch-russische Vertrag die Bestimmungen des Völkerbundspaktes wahr und den Briand-Kelloggspakt bestätigt.

Artikel 1 des Vertrages legt die Verpflichtung beider Länder fest, auf keinen Fall entweder isoliert oder mit einer dritten Macht oder mehreren Mächten zusammen zum Kriege zu greifen oder irgendeinen Angriff vorzunehmen und die Unverletzbarkeit der unter ihre Souveränität gestellten Gebiete zu respektieren bzw. die Gebiete, deren auswärtige Vertretung sie durchführen bzw. deren Verwaltung sie kontrollieren.

Artikel 2 vervollständigt Artikel 1.

Artikel 3 enthält Bestimmungen, durch die Frankreichs Verpflichtungen als Völkerbundmitglied restlos gewahrt werden.

Artikel 4 sieht die Verpflichtung der kontrahierenden Parteien vor, an keiner internationalen Entente teilzunehmen, die praktisch zur Wirkung haben würde, den Ankauf oder den Verkauf von Waren oder die Bewilligung von Krediten an eine der kontrahierenden Parteien zu verhindern, und keine Maßnahme zu ergreifen, die geeignet wäre, eine der kontrahierenden Mächte von jeder Beteiligung an ihrem auswärtigen Handel auszuschließen.

Artikel 5 betrifft den politischen Angriff durch das Mittel der Propaganda. Er ist, von geringen Abänderungen abgesehen, gemäß dem entsprechenden Artikel des zwischen Rußland und Polen in Riga abgeschlossenen Vertrages gehalten.

Das Ausgleichsabkommen, das ebenfalls zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen werden wird, ist im großen und ganzen gemäß dem deutsch-russischen Ausgleichsabkommen gehalten.

Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages ist eine diplomatische Aktion der Sowjet-Regierung, die vor Jahren mit dem Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen der Sowjet-Union und ihren westlichen Nachbarstaaten Estland, Lettland und Litauen begann, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Verhandlungen mit Rumänien zwecks Abschluß eines gleichartigen Paktes sind vorläufig an dem Widerstand der rumänischen Regierung gescheitert. Aber es ist anzunehmen, daß sich auch die rumänische Regierung nicht mehr allzu lange sträuben kann, denn sie ist durch ihre Politik in eine für die Interessen Rumäniens so schädliche und gefährliche Isolierung geraten, daß sich im Innern Rumäniens ein immer stärkerer Protest gegen diese Politik erhebt.

Die ganze Aktion ist fraglos ein großer Erfolg der Sowjetunion. Was nützen diplomatische Friedens- und Nichtangriffverträge der UdSSR mit den imperialistischen Räuberstaaten? Die werden doch, wenn es ihnen paßt, diese Verträge genau so als einen leeren Fetzen Papier behandeln, wie jetzt zum Beispiel Japan gegenüber China.“ So werden Tausende von Arbeitern fragen. Darauf ist zu sagen, daß, wenn die Sowjetunion und die Arbeiter der ganzen Welt sich lediglich auf diese Verträge verlassen und damit den Frieden für gesichert halten würden, dies eine gefährliche Selbsttäuschung wäre. Nach wie vor, auch trotz diesen Verträgen besteht ein unüberwindlicher Gegensatz zwischen dem ersten sozialistischen Arbeiterstaat und der ganzen

Für Freisprechung Bullerjahns

Genosse Rosenfelds großes Plaidoyer

Leipzig, 28. November.

Im Wiederaufnahmeverfahren des Oberlandesverwalters Walter Bullerjahn wegen Landesverrats vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute die erste der Hauptverhandlungen, Rechtsanwält Dr. Rosenfeld (Berlin), mit den Schlussausführungen.

Dr. Rosenfeld wandte sich zunächst sehr scharf gegen die Rede des Reichsanwalts Dr. Nagel. Dem Plaidoyer des Reichsanwalts stellte die Verteidigung klar und deutlich ihre feste Überzeugung von der Unschuld des Angeklagten Bullerjahn entgegen. Wenn die Verteidigung den Antrag auf Freispruch schon am Anfang dem Schlussergebnis vorwegnehme, so habe das einen besonderen Grund. Der Reichsanwalt habe ein Plaidoyer gehalten, das geradezu Schrecken verbreiten könne.

Die Beweisführung des Reichsanwalts widerspreche den in der Beweisaufnahme festgestellten Tatsachen.

Die Rheinlanddrängung sei schon beschlossen gewesen, lange bevor die Untersuchung gegen Bullerjahn in Gang gekommen wäre. Daraus habe der Reichsanwalt nicht die Konsequenzen gezogen, sondern vielmehr gesagt, Bullerjahn habe den Interalliierten nicht mehr den Hauptgrund, wohl aber den Anlaß für den Vorwand gegeben, die Rheinlanddrängung zurückzunehmen. Heute wisse man, was man vor acht Jahren noch nicht wußte, nämlich, daß die Waffenfunde in Wittenau wirklich diese Folge nicht gehabt hätten.

Die Verteidigung sei nur mit äußerster Vorsicht an die Prüfung der Schuld- und Unschuldsfrage des Angeklagten herangegangen. Der Verteidiger schildert dann, daß er Bullerjahn viele Fragen gestellt habe, doch Bullerjahn habe allen Prüfungen standgehalten.

Wenn der Angeklagte auch nur einen Funken von Schuldgefühl in sich gehabt hätte, hätte das die Verteidigung zweifellos herausgeführt. Sei das Gericht vor acht Jahren zur Feststellung der Schuld des Angeklagten gekommen, so werde es heute zweifellos entscheiden müssen, daß die Schuld Bullerjahns nicht erwiesen, daß kein begründeter Verdacht gegen ihn vorliege, und daß der Angeklagte unschuldig sei.

Verteidiger Rosenfeld zergliedert die in der dreiwöchigen Verhandlung festgestellten Tatsachen über die Verhältnisse im Werk

Wittenau. Dort hätten etwa dreißig Personen einen zentralen Ueberblick gehabt, nämlich die Mitglieder des Direktors, die Vorgänger Bullerjahns, die Lagerverwalter Fischer und Klein, und die Lehrlinge. Wie schwach es mit der Beweisführung der Anklage steht, beweist, daß die

Reichsanwaltschaft von den früher angezogenen zwölf Indizien sieben habe wieder fallen lassen müssen.

Sehr ausführlich erörtert der Verteidiger dann die Zeugenaussagen über die angeblichen Drohungen Bullerjahns. Als sehr bedenklich bezeichnet er der Verteidiger, wenn der Reichsanwalt diesen Drohungen Bedeutung beimesse. Bullerjahn habe den Ausdruck, der als Drohung aufgefaßt worden sei, in seiner volkstümlichen, scharfen Art gebraucht. Das sei im Unmut geschehen, man müsse das aus dem Milieu des Angeklagten heraus als verständlich ansehen. In den Kreisen der Arbeiter höre man oft: „Ich schlage dir die Knochen kaputt“. Dies wäre genau so, als wenn in Kreisen des Gerichts der Staatsanwalt zum Gerichtsvorsitzenden sagt: „Ich bin hier anderer Ansicht als Sie“. Man müsse die Äußerungen nehmen, so wie sie gemeint seien. Nichts spreche dafür, daß aus solchen Drohungen gefolgert werden könne, Bullerjahn müsse der Verräter sein. Der Reichsanwalt hat gesagt, Bullerjahn habe die Firma schädigen wollen, aber aus den Aussagen des Kronzeugen Gontard sei hervorgegangen, daß die Firma viel verdient habe.

Die Wirkung des Verrats sei gewesen, daß das Werk über den Schrottwert hinaus noch den Anspruch auf vollen Schadenersatz durch das Reich bekommen habe.

Was hätte — so fragt der Verteidiger — der Angeklagte tun können, wenn er wirklich Rache an dem Kreis um Gontard hätte nehmen wollen? Der Verteidiger beantwortet dies damit, im Werk hätte noch viel und weit wichtigeres Material als das gestohlene gelegen. Wenn dies gefunden worden wäre, hätte es zur Schließung der Betriebe führen müssen. Das hätte ein wirklicher Verräter getan. Aber Bullerjahn war nicht der Verräter, er hat es nicht getan.

Nun sei dem Angeklagten ein schwerer Vorwurf gemacht worden, weil er sich bei den Revisionen ferngehalten habe. Es sei je-

doch Sache der Direktoren Gebauer und Hellwig gewesen, die Kontrollkommission zu führen. Niemals sei von Bullerjahn verlangt worden, daran teilzunehmen und niemals sei ihm auch ein Vorwurf über sein Verbleiben am 23. und 24. Dezember gemacht worden.

Von der Werkleitung sei ausdrücklich angeordnet gewesen, daß niemand sich blicken lassen solle, wenn die Kommission im Werk anwesend sei.

Auch Bullerjahns Ausbleiben am 6. Januar lasse keinen Schluß auf sein Verschulden zu, wenn man berücksichtige, daß er selbst schon von dem gegen ihn schwebenden Verdacht Kenntnis hatte. Die Ansicht des Zeugen Pagensteher, daß Bullerjahn mit abgewandtem Gesicht gekommen sei, als er gerufen wurde, müsse auf einem Irrtum beruhen, denn Bullerjahn habe die Kommission gar nicht sehen können.

Rosenfeld ging weiter ausführlich auf die Aussagen des Zeugen von Gontard ein und erklärte, daß der Reichsanwalt sehr zu unrecht die Aussage des Herrn von Gontard als Beiwerk bezeichnet habe. Mit Recht sei das System von Gontard im Betrieb als Spitzelsystem bezeichnet worden. Dieser Zeuge sei weit davon entfernt gewesen, Bullerjahn gegenüber objektiv zu sein.

Zur Geheimhaltung des Namens des Zeugen von Gontard erklärt Rosenfeld, daß nach seiner Überzeugung nicht außenpolitische Gründe dafür maßgebend gewesen seien, sondern nur persönliche Beziehungen des Herrn von Gontard zu einem anderen Ministerium die zu jenem bedauerlichen Beschluß geführt haben, Herrn von Gontard das Erscheinen in Leipzig zu ersparen. Wäre Herr von Gontard vernommen worden, so wäre darüber nichts an die Öffentlichkeit gekommen außer der kurzen Notiz über die Verurteilung. Aus diesem Grunde betont der Verteidiger, sei es unwahrscheinlich, daß außenpolitische Gründe maßgebend gewesen seien.

Ohne die Geheimhaltung wäre der Fall Bullerjahn vollständig und endgültig erledigt gewesen.

Aus den Aussagen von Gontards könne unmöglich irgendeine Feststellung getroffen werden.

Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt, wo Rechtsanwalt Professor Sinzheimer das Wort ergreifen wird.

Auslandsrundschau

Lemberg, 28. November.

Hier kam es wieder zu ersten Zusammenstoßen zwischen nationalistischen polnischen Studenten und jüdischen Arbeitern. Etwa zehn Juden wurden verletzt. Ein Student erhielt einen Messerstich, an dem er starb.

Tokio, 28. November.

Das japanische Kriegsministerium hat seit Juni 73 Millionen Yen für Kriegsmaterial ausgegeben. Der Kostenvoranschlag für Anschaffung von Kriegsmaterial für das Jahr 1933/34 beträgt 100 Millionen Yen. Im Augenblick sind 644 Fabriken mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt. Dazu kommen 778 Fabriken, die Ersatzteile herstellen. Insgesamt sind ca. 1500 Fabriken mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt.

Brüssel, 28. November.

WTB. Die neue Kammer wird sich aus 79 Katholiken, 73 Sozialisten, 24 Liberalen, 6 Frontisten und 3 Kommunisten zusammensetzen. Die Katholiken haben 3, die Sozialisten 3 und die Kommunisten 2 Sitze gewonnen, die Liberalen 4, die Frontisten 2 und die „Wilden“ 2 Sitze verloren.

Budapest, 28. November.

WTB. Die politische Polizei hat 15 Personen „wegen kommunistischer Wühlarbeit“ festgenommen. Die „geistigen Leiter“ waren ein Ingenieur Ladislaus Erdős und der Postsparkassenbeamte Dr. Adalbert Fürst ferner aus Wien ein Privatbeamter Ludwig Lachmann mit seiner Schwester. Sie unterhielten eine Agitatorenschule, in der Jungarbeiter ausgebildet werden sollten. Alle Festgenommenen bekannten sich als überzeugte Kommunisten, verweigern jedoch jede Auskunft über ihre Tätigkeit.

Gegen den kürzlich zu vier Jahren Zuchthaus verurteilten Kommunisten Karikas wird jetzt eine neue Anklage wegen Mordes erhoben. Er soll während der Rätediktatur als Mitglied eines Volkstribunals einen katholischen Pfarrer wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit zum Tode verurteilt und die Vollstreckung des Urteils veranlaßt haben. Karikas bestreitet das entschieden. Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiterzeitung“ stellt fest, daß die Dokumente, die gegen Karikas seitens der Anklagebehörde ins Feld geführt werden, gefälscht sind.

Bukarest, 28. November.

CNB. Am Sonntag hielten die städtischen Schuldner eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, sofort den Hungerstreik zu erklären und den Saal nicht eher zu verlassen, bis die Regierung ein seit langem versprochenes Gesetz über die Sanierung der städtischen Schuldner wirklich eingebracht habe. Die Versammelten verbrachten die Nacht im Versammlungslokal und entsandten am anderen Tage eine Abordnung zum Ministerpräsidenten.

Kopenhagen, 28. November.

Trotzki hielt am Sonntag im großen Saal des Stadions seinen Vortrag „Was bedeutet die Oktoberrevolution?“ in deutscher Sprache. Trotzki betonte, er sei auch heute noch Bolschewist; er gab einen geschichtlichen Ueberblick und verteidigte die Sowjetregierung. Seine Ausführungen wurden von manchen Zuhörern in dem Sinne gedeutet, als wolle er Anschluss an das Regime Stalins suchen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen; zu Unruhen ist es nirgends gekommen.

Trotzki

spricht auch in Schweden

Stockholm, 28. November.

Wie die Schwedische Telegraphen-Agentur erfährt, wird Trotzki Einreise- und Aufenthaltserlaubnis in Schweden erhalten, um in Lund einen Vortrag halten zu können. Die Bewilligung erfolgt jedoch nur unter der Bedingung, daß Trotzki eine gültige Rückreisegenehmigung aufweisen kann.

Oslø, 28. November.

HTB. Pressemeldungen zufolge hat das norwegische Justizministerium das Einreisegesuch Trotzki's abgelehnt.

Neuer Hungermarsch auf Washington

WTB. (Reuter) Von verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten aus haben sich heute etwa 800 Hungerdemonstranten und Kommunisten in Richtung Washington in Bewegung gesetzt. Sie bilden die Vorhut von mehreren tausend Vertretern von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern, die ihnen nach Washington folgen wollen, um dort dem Kongreß ihre Forderungen, darunter Stundung ihrer Schulden, zu unterbreiten.

Wieder ein Schiffskauf der UdSSR

Bremen, 28. November.

Die Sowjetunion, die erst Anfang dieses Monats den Lloyd-Dampfer „Anhalt“ und vorher eine Reihe weiterer Lloyd-Dampfer ankaufte, hat nunmehr auch einen Vertrag abgeschlossen, durch den der 5134 Brutto-Registertonnen große Dampfer „Nürnberg“ in ihren Besitz übergeht.

Pleite in der Reichskasse

WTB. Die Reichseinnahmen an Steuern und Zöllen betragen im Oktober 1932 insgesamt 593,2 Millionen RM. Die Gesamteinnahmen sind demnach gegenüber Oktober 1931 um 295,2 Millionen RM. niedriger.

Gegen das Chemnitzer Todesurteil

(Eigene Meldung der SAZ)

Dortmund, 28. November.

Eine gut besuchte Versammlung der seit mehreren Wochen streikenden Asphaltreue und eine von über 400 Klassegenossen besuchte Versammlung des Bundes der Sowjetfreunde nahmen Stellung zum Bluturteil des Chemnitzer Sondergerichts. In beiden Versammlungen wurde Aufhebung des Todesurteils gegen den antifaschistischen Arbeiter Bartl und Beseitigung der Sondergerichte verlangt.

Der SAP-Betriebsrat der Firma A. u. W. Wagner, Tuchfabrik Crimtschau, sandte ein Protesttelegramm gegen das Todesurteil Barthel an das sächsische Justizministerium und forderte Barthels Freilassung und Aufhebung der Sondergerichte.

Köln, 28. November.

Die Mitgliederversammlung der Internationalen Hilfsvereinigung, Ortsgruppe Köln, protestiert aufs schärfste gegen das Todesurteil des Chemnitzer Schwurgerichts gegen den Arbeiter Bartl. Die Mitglieder der Internationalen

Hilfsvereinigung Ortsgruppe Köln verlangen Aufhebung des Klasseurteils und sofortige Freilassung des unschuldigen Verurteilten.

Gegen die Sondergerichte

Die Reichskonferenz des Deutschen Republikanischen Reichsbundes, die am Sonntag in Berlin stattfand, forderte in einer Entschließung, Aufhebung der Sondergerichte.

Ludwig Renn verhaftet

Berlin, 28. November.

WTB. Der Schriftsteller Arnold Vietz von Golßenau, genannt Ludwig Renn, der bei einer Durchsichtung der Marxistischen Arbeitsschule in der Schicklerstraße festgenommen war, wurde heute dem Vernehmungsrichter unter der Beschuldigung verhaftet, Umsturzpläne in Aufzeichnungen und Schriften verbreitet zu haben. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat erlassen.

librigen Welt von kapitalistischen Staaten. Diese würden auch jetzt noch lieber heute als morgen die Sowjetunion niederschlagen, um dort den kommunistischen „Weltunruheherd“ zu beseitigen und wieder die kapitalistische Herrschaft herzustellen. Wenn dagegen der Frieden aufrecht erhalten wird und weiter erhalten werden soll, so genügen da nicht papierne Verträge, sondern es sind reale Machtmittel notwendig. Diese bestehen einmal in der inneren Stärke der Sowjetunion selbst (ein geschlossenes, kampfgewilltes Proletariat, verbunden mit einer immer stärker werdenden Industrie-wirtschaft) und zum anderen in der Bereitschaft der Arbeiterklasse der übrigen Welt, die Sowjetunion gegen kapitalistische Angriffe zu verteidigen. Das sind nach wie vor die wirklichen Sicherheits- und Friedensgaranten für die Sowjetunion.

Aber trotzdem sind diese Nichtangriffspakte von großer Bedeutung. Ja, sie sind nichts anderes als der Ausdruck der obengenannten realen Garantien. Nur widerwillig haben sich die aufgeführten Staaten zum Abschluß dieser Verträge bereitgefunden. Frankreich, England und ihre Vasallenstaaten hatten seit der Revolution 1917 bis vor kurzem ganz andere Pläne. Ihre Politik bestand nach dem Scheitern ihrer Interventionskriege (1918 bis 1920) jahrelang darin, die Sowjetunion nicht anzuerkennen. Als sich das nicht mehr halten ließ, versuchte Frankreich jahrelang die Randstaaten an der westlichen Sowjetgrenze, von Rumänien über Polen bis Finnland zu einem militärischen Angriffsblock gegen die Sowjetunion zusammen zu schweißen.

Dieser Plan ist eben durch die auf der wachsenden Stärke der Sowjetunion basierende diplomatische Aktion der Nichtangriffspakte gesprengt worden. Die Sowjetunion ist immer mehr als wirtschaftlicher Großauftraggeber aufgetreten. Wollten die Randstaaten sich nicht fortgesetzt selbst wirtschaftlich schädigen, so mußten sie sich einer nach dem ändern zu bestimmten diplomatischen Verträgen und schließlich zu Nichtangriffspakten, die den Plänen Frankreich-Englands direkt entgegenstehen, entschließen.

So wurde von der Sowjetunion die Bresche in die feindliche Front geschlagen, bis sich schließlich der größte Randstaat, Polen, und nun auch Frankreich selbst zu der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes entschließen mußten. Es ist also ein Sieg des Vormarsches des UdSSR gegenüber der kapitalistischen Welt.

Andererseits aber, und auch das soll nicht verschwiegen werden, bedeuten diese Verträge vom Gesichtspunkt der sozialistischen Weltrevolution aus gesehen, eine Konzession der ersten revolutionären Macht an die kapitalistische Welt. Durch derartige Verträge wird selbstverständlich in gewisser Hinsicht die Revolutionierung der kapitalistischen Welt gehemmt, gewiß nicht unterbunden. Aber diese Konzessionen sind zu einer Notwendigkeit geworden, weil der revolutionäre Kampf und die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern nicht Schritt gehalten hat mit der revolutionären Entwicklung in Sowjetrußland.

Insofern sind die Nichtangriffspakte der Sowjetunion eine Mahnung an die Arbeiterklasse der übrigen Welt, den revolutionären Kampf gegen ihre kapitalistische Herrschaft mit verstärkter Wucht und Zielklarheit zu führen. Wenn erst die kapitalistische Staats- und Wirtschaftsform in England, Frankreich, Deutschland usw. gestürzt ist, dann braucht keine Nichtangriffspakte mehr, dann kommt der wirkliche Frieden in Gestalt des Weltbundes der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Zentrum und NSDAP verhandeln über preußische Koalition

Berlin, 28. November.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, sind nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen um die Bildung einer Mehrheitsregierung im Reich die Besprechungen zur Schaffung einer neuen preußischen Staatsregierung wieder aufgenommen worden. Daß im preußischen Landtag bei der gegenwärtigen Zusammensetzung dieses Parlaments eine Mehrheit bereits aus Nationalsozialisten und Zentrum gebildet werden kann, würde eine Verständigung zwischen diesen beiden Parteien genügen, um einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen wählen zu können, dem nach der Verfassung dann die Befugnis zustünde, die übrigen Staatsminister zu ernennen. Es hat über die Möglichkeit einer baldigen Wahl des Ministerpräsidenten eine mehrstündige Unterhaltung zwischen dem Landtagspräsidenten Kerl als Vertreter der NSDAP und dem Führer der preußischen Zentrumsfraktion, Abgeordn. Lauscher, sowie dem Geschäftsführer der Zentrumsfraktion, Abgeordn. Dr. Graß, stattgefunden. Diese Verhandlungen dürften fortgesetzt werden, ohne daß man bereits jetzt absehen könnte, ob sie so rasch zum Abschluß gelangen, daß der Landtag beim Wiederzusammentritt am 13. Dezember den neuen Ministerpräsidenten wählen könnte.

Kleine Nachrichten

Stuttgart, 28. November.

Das Innenministerium hat die Zeitung „Der Arbeitslose“ wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung einer Behörde bis 15. Januar 1933 einschließend verboten.

WTB. Die in Altona erscheinende kommunistische „Norddeutsche Zeitung“ ist vom Oberpräsidenten bis zum 3. Dezember verboten worden.

SPD und KPD für Gemeinschaft mit dem Bürgertum

Die Entstehungsgeschichte des Erwerbslosenausschusses Tschansch — Eine aufgeflogene Winterhilfe-Aktion

Schon seit längerer Zeit besteht in Breslau Tschansch ein Erwerbslosenausschuss zwischen SPD, SAP und KPD. Dieser Ausschuss hat bisher den Umständen entsprechend recht erfolgreich gearbeitet. Im Rahmen des Erwerbslosenausschusses hat vor einiger Zeit die KPD eine Winterhilfeaktion vorgeschlagen, die nach ihrem ursprünglichen Willen unter der Führung der IAH und RGO durchgeführt werden sollte. Demgegenüber haben die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei in Tschansch von vornherein die Ueberparteilichkeit bei dieser Maßnahme gefordert, sie haben auch die Hinzuziehung der SPD-Vertreter und die Ausschaltung der IAH-Leute erreicht.

Doch bevor die Frage der Winterhilfe dringlich geworden war, vor vielen Monaten, hat der KPD-Mann Hussarek sich mit verschiedenen

bürgerlichen Vertretern

in Tschansch in Verbindung gesetzt und so die Hinzuziehung einiger Lehrer, des Wäschereibesizers Kelling und anderer vorbereitet.

Obwohl die SAP von vornherein den Ausschluß der Nationalsozialisten von der Winterhilfsaktionskommission verlangt hatte, haben SPD und KPD dennoch für die Einladung der Nationalsozialisten gesorgt. Der zunächst provisorische Ausschuss, in dem dergestalt alle Arbeiterparteien Nationalsozialisten und Bürgerliche vertreten waren, gab ein Flugblatt „an alle Haushalte in Tschansch“ heraus, in dem zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen wurde. Außerdem hing an jedem Flugblatt ein Abschnitt, auf dem Geldbeträge zur Winterhilfe gezeichnet werden konnten.

Am 21. November hat tatsächlich eine öffentliche Versammlung des Solidaritätsausschusses stattgefunden, in der der

KPD-Mann Hussarek kurze Ausführungen zur Winterhilfeaktion machte, die sich durchaus in bürgerlichen Gedankengängen bewegten.

Schließlich wurde in dieser Versammlung eine Zwölferkommission gewählt.

Die erste Tagung dieser Zwölferkommission hat am Sonntag, dem 27. November, stattgefunden. Dort haben die Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Partei folgenden Antrag zur Diskussion gestellt:

„Laut Beschluß einer Mitgliederversammlung und darüber hinaus allen Erwerbslosen von Tschansch Rechnung tragend, ist die Durchführung der Winterhilfe für die Erwerbslosen nur gewährleistet, wenn sich der Ausschuss nur aus Erwerbslosen der proletarischen Parteien (SPD, SAP und KPD) zusammensetzt.

Alle wichtigen Funktionen, wie Kassierer, Küchenkommission usw. sollen nur von Erwerbslosen besetzt werden.

Wir fordern deshalb diese Zusammensetzung, um die Kampfkraft des Erwerbslosen zu stärken und nicht wie auf der bisherigen Basis mit dem wirtschaftlichen Gegner versuchen, die Gegensätze zu überbrücken, um damit den Kampf der Erwerbslosen zu verwischen.

Wird unter dieser Voraussetzung dem Antrag stattgegeben, so sind wir zur Mitarbeit bereit.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SAP und SPD gegen Nationalsozialisten, Bürgerliche und KPD angenommen. Daraufhin erklärte ein Vertreter der KPD den Solidaritätsausschuss für aufgelöst.

Damit hat der bisherige Solidaritätsausschuss aufgehört zu bestehen. Da es aber unseren Genossen darauf ankam, daß die Er-

werbslosen in proletarischer Solidarität zusammenstehen, haben sich die Vertreter der SAP an die SPD in Tschansch gewandt und sie angefragt, ob sie gewillt seien, gemeinsam mit allen proletarischen Parteien die Solidaritätsaktion auf überparteilicher Grundlage fortzusetzen.

Die SPD hat bisher ihre Mitarbeit verweigert mit der Begründung, daß ihr die so gebotene Grundlage nicht genüge.

Es muß also festgestellt werden, daß die SPD nichts dagegen einzuwenden hatte, mit Nationalsozialisten und Bürgerlichen zusammen eine Aktion durchzuführen, daß sie es aber jetzt ablehnt, gemeinsam mit der SAP den Erwerbslosen zu helfen.

Die Genossen der KPD haben die Solidaritätsaktion der Erwerbslosen zunächst zu einer Angelegenheit der RGO machen wollen. Sie haben dann durch Hinzuziehung bürgerlicher Kreise und der Nationalsozialisten den proletarischen Rahmen gesprengt, sie haben schließlich den Versuch, die Bürgerlichen auszuschließen, durch die Sprengung des Solidaritätsausschusses beantwortet.

In der „Volkswacht“ vom 28. November finden wir unter der Ueberschrift „Achtung, Winterhilfe Tschansch!“ folgendes:

„KPD und SAP versuchen aus der Winterhilfeaktion entgegen dem Beschluß der Vorbesprechung und der öffentlichen Versammlung einen Parteieid zu machen. Auch sind unrechtmäßig gesammelte Gelder an den Kassierer nicht abgeliefert worden. Wir warnen deshalb, irgend welche Spenden jetzt schon abzuführen, da eine Kontrolle über die rechtmäßige Verteilung der Gelder nicht besteht. Wir geben in den nächsten Tagen noch nähere Aufklärung.“

Die SAP hat versucht, zusammen mit der SPD den gesprengten Solidaritätsausschuss wieder ins Leben zu rufen. Dieser Versuch ist aber an der Weigerung der SPD gescheitert.

Für den Solidaritätsausschuss sind von Genossen der SAP keinerlei Gelder in Tschansch kassiert worden. Unsere Genossen haben sich mit der Einsammlung der Zeichnungsscheine begnügt und haben stets darauf hingewiesen, daß die Zukunft des Solidaritätsausschusses noch nicht geklärt sei und sie deshalb keine Gelder entgegennehmen könnten.

Schweres Autobusunglück

1 Toter, 11 Schwerverletzte, 15 Leichtverletzte

Breslau, 28. November.

In der Breslauer Siedlung Pilsnitz ereignete sich Montag nachmittags ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Radfahrer, der verkehrswidrig fuhr, geriet in die Fahrbahn eines Autobusses der Städtischen Straßenbahn. In dem Bestreben, dem Radfahrer auszuweichen, fuhr der Autobus gegen einen Chausseebaum. Der Radfahrer wurde trotz dem erfaßt und getötet. Von den 25 bis 30 Insassen des Wagens, darunter etwa zwanzig Kinder, wurde der größte Teil verletzt. Der Anprall des Autobusses gegen den Baum war so heftig, daß die Motorhaube vollständig zerdrückt wurde, die Scheiben gingen in Trümmer, die Sitze wurden verschoben und die Insassen vollständig durcheinander geworfen. Verschiedene Kinder kamen in die Gefahr, zertritten zu werden. Elf Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, während sich die anderen Verletzten selbst nach Haus begeben konnten. Der Autobus wurde später abgeschleppt.

Nach den letzten Feststellungen sind bei dem Autobusunglück dreißig Personen verletzt worden, von denen fünfzehn ins Krankenhaus übergeführt wurden.

Tödliche Verkehrsunfälle

Auf der Kunststraße Breslau-Schweidnitz lief am Ausgang von Klettendorf der 7jährige Horst Köschner aus Klettendorf in einen aus Breslau kommenden Personenkraftwagen hinein. Das Kind erlitt bei dem Sturz einen schweren Schädelbruch und wurde ins Wenzel-Hancke-Krankenhaus übergeführt, wo es kurz nach der Einlieferung verstarb.

Am Freitagabend wurde der Mechaniker Welz aus der Vorwerkstraße beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Bei dem Sturz zog sich der Fußgänger einen Schädelbruch und komplizierte Knochenbrüche beider Unterschenkel zu. Der

Schwerverletzte wurde in besinnungslosem Zustande von dem beteiligten Kraftwagen in das Kloster der Barmherzigen Brüder geschafft, wo er verstorben ist.

An den Folgen eines Verkehrsunfalles gestorben

In der hiesigen Universitätsklinik verstarb der 23jährige Maler Josef Walter aus Kanth. W. wurde am 9. d. Mts. abends, als er sich mit seiner Braut auf der Chaussee von Kanth nach Breslau auf einem Spaziergang befand, von einem aus Richtung Kanth kommenden Kraftwagen von hinten angefahren und gegen einen Chausseestein geschleudert, so daß er mit einem schweren Schädelbruch besinnungslos liegen blieb. Nach dem Unfall fuhr das Auto unter Ausschalten der hinteren Kennzeichenbeleuchtung mit erhöhter Geschwindigkeit in Richtung Breslau weiter, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern. W. wurde zunächst ins Kanther Krankenhaus gebracht und später in die Breslauer Universitätsklinik übergeführt, wo er nun an den Folgen des Unfalls verstorben ist.

Wieder erfolglose Suche nach Horst Schulz

Waldenburg, 28. November.

Am Freitag nahm die Kriminalpolizei die dritte große Suche nach dem seit Ende Juli verschwundenen zehnjährigen Sohn Horst vor. Sie erstreckte sich diesmal auf das Gelände am Schipkarpag bei Dittersbach. Auch diese Suche verlief ergebnislos. Die Aussetzung einer Belohnung für das Auffinden des vermißten Jungen hat zu zahlreichen Angaben aus den Reihen des Publikums geführt. Leider war in keinem Falle eine solche Angabe von greifbarem Wert. In den nächsten Tagen werden weitere umfassende Nachsicherungen vorgenommen werden.

Zum Tode des Füllers Woltkowski

Hindenburg, 28. November.

Zu dem Tod des Füllers Woltkowski, der seit Donnerstag abend auf dem Rehden-Platz der Delbrück-Schächte eingeschlossen und bereits seit Freitag abend bis auf die von einer mächtigen Steinplatte eingeklemmten Füße freigelegt war, erfahren wir, daß die Rettungsmannschaft sich auf dem Umgehungsweg bereits in aller nächster Nähe des Verunglückten befand. In der mühsigen Kohlen-schicht hatte die Rettungsmannschaft mit einem Draht vorgedrückt und glaubt, die Beine des Verunglückten bereits in etwa einem halben Meter gefühlt zu haben. Sein Tod kam der Rettungsmannschaft vollkommen überraschend. Nach gestern abend waren dem Unglücklichen zu Stärkung Sekt und Apfel gereicht worden, die er auch zu sich genommen hatte. Auch sonst war Woltkowski soweit gesichert, als es irgend möglich war, so daß sein Oberkörper verhältnismäßig außer Gefahr war. Als Todesursache bleibt vorerst nur die Erklärung, daß Herzschwäche eingetreten ist. Offenbar war der Fuß des Verletzten doch stark verletzt, ohne daß Woltkowski darüber sehr geklagt hätte. Blutverlust schritt dann die Herzschwäche im Gefolge gelobt zu haben.

Und die Bergungsarbeiten?

Immer noch ruht der Sprengbetrieb 100 Meter im Unkreis der Bruchstrecke im Rehdentloz der Delbrück-Schächte, wo vier Bergleute trotz heldenhafter Anstrengungen der Rettungsmannschaft, die ihrer eigenen Sicherheit kaum achtete, den schwarzen Tod gebunden haben. Die seit Sonnabend früh vorgetriebene Umgehungsstrecke wird nicht mehr weiter verfolgt, sie hatte ja auch nur den Zweck, möglichst schnell an die eingeklemmten Füße des Füllers Woltkowski heranzukommen. Die Arbeiten zur Bergung der vier Opfer sind nun systematisch von vorn angefangen worden und werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Tod im „Bieda“-Schacht

Lipine, 26. November

Der in einem Notschacht arbeitende 36jährige Arbeiter Georg Hochang wurde in einer Tiefe von 17 Meter von ausströmenden Gasen betäubt. Er konnte trotz sofortiger Hilfeleistungen nicht mehr am Leben erhalten werden.

Zwei Raubüberfälle in Beuthen

Am Sonnabend gegen 18 Uhr erschienen vor der Wohnung des Goldwarenhändlers Jakobowitz in Beuthen zwei Männer, die für den Kaufmann zwei Pakete abgeben wollten. Als die allein anwesende Hausangestellte Wally Tutla erwiderte, daß es sich um einen Irrtum handle, denn Herr Jakobowitz erwarte keine Pakete, erklärten die Männer immer wieder, die beiden Pakete seien für Jakobowitz. Die Hausangestellte nahm schließlich die Pakete an. Als sie eine ihr vorgelegte Empfangsbescheinigung unterschreiben wollte, stürzten sich die Banditen plötzlich auf sie; einer drängte sie mit vorgehaltenem Revolver in die Küche und hielt sie dort unter der Drohung, sie zu erschießen, in Schach. Während dieser Zeit klingelte es an der Wohnungstür, worauf der zweite Täter öffnete und anscheinend noch mehrere Komplizen hereinließ. Die Burschen durchwühlten dann im Wohn- und Schlafzimmer sämtliche Behältnisse. Nach einer Viertelstunde suchten sie mit den erbeuteten Schmuckstücken das Weite. Im Weggehen bedrohte einer der Banditen die Hausangestellte noch mit einer eisernen Stange.

Am Sonnabend gegen 7.30 Uhr überfielen vor dem Konsumverein in Miechowitz drei Unbekannte die Lagerhalterin der Konsumanstalt unter Bedrohung mit einem Revolver und entrissen ihr die Handtasche und eine Aktentasche, in denen sich jedoch keine Wertsachen befanden. Die Täter entkamen unerkannt.



Die Anspruchsvollen

Wir schätzen anspruchsvolle Raucher,

woll wir wissen, daß sie mit unserer guten

JUNO

100 prozentig zufriedengestellt werden.

Geschmack und Bekömmlichkeit bleiben stets das Entscheidende,

niemals aber Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerereien, auf die jeder Kenner verzichtet.

Leistung + Sachlichkeit = Juno!





Die Bekömmlichkeit unserer Branntwein- und Getreidekornmarken steht einzig da.

Qualitätsmarken, ab heute noch billiger geworden!

Branntwein-Marken:

- Feiner Breslauer** vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Pf. **1.40**
- Feiner alter Breslauer** der allberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Pf. **1.50**
- Fache Edelmarke** mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 20% Ltr.-Pf. **1.70**
- Fache Kren** die führende Qualitätsmarke, rassist. gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Pf. **1.90**
- Fache Exquisit** pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 30% Ltr.-Pf. **2.30**

Getreidekorn - Marken:

- Fache Weizenkorn** der berühmte alte Breslauer Korn, unsere Stolz 22% Ltr.-Pf. **2.20**
- Fache Roggenkorn** sehr fein aromatisch, die Elite-Quantität 22% Ltr.-Pf. **2.20**
- Fache Getreidekorn** unsere Standardmarke, etwas von Auslese 27% Ltr.-Pf. **2.60**
- Jagdkorn** (Doppelkorn), vollaromatisch, rassist. ansehnlich den führenden Marken des Kontinents 42% 0,8 Liter in Original-Steinbüchsen **2.50**

Jamaika-Rum-Verschnitte:

- Feiner Jamaika-Rum-Verschnitt** ganz hervorragend 35% Liter lose **2.40**
- „Liter Flasche“ **2.50** „Liter Flasche“ **1.90**
- Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt** elegant, aromatisch 40% Liter Flasche **2.25**
- Feinster alter Jamaika-Rum-Verschnitt** die vollendete Qualität, 45% Liter-Flasche **2.55**
- Feinster alter Edel-Jamaika-Rum-Verschnitt** unsere Standardmarke ab 5,12 Liter-Flasche **2.95**

Alle unsere Branntwein- u. Getreidekorn werden von uns nicht hergestellt!

In der Folterhöhle

der rumänischen Siguranza

Mit welcher Verachtung blickt unser europäisches Bürgertum, angegangen vom Studienrat bis zum Kleinbürger, der sich mit wohligen Schauer etwa die eiserne Jungfrau oder andere Werkzeuge einer mittelalterlichen Folterkammer ansieht, auf eben dieses finstere Mittelalter. Wie stolz ist man auf das Zeitalter der Humanität, der „Menschlichkeit“, das aber nur der Ausbeuterklasse Rechte zugest. Gewiß, es gibt eine tränenreiche süßliche Humanität, die aber nur gegen Mitglieder der eigenen Kaste angewendet wird.

Das Proletariat als Ganzes, geschweige denn die revolutionären Kader der ausgebeuteten Klasse, haben auf diese „Humanität“ im Rahmen der bürgerlichen Staaten keinen Anspruch.

Im Gegenteil, mit der Zuspitzung der Klassengegensätze vergrößern sich auch die Methoden, mit der die Bourgeoisie und das Großkapital durch die Hand ihrer Sicherheitsorgane jede revolutionäre Auflehnung im Keime zu ersticken drohen, sei es, daß man Hungernde mit dem Gummiknüppel auseinandrupfeln oder gar mit Maschinengewehren in die Massen hineinfeuert, sei es, daß man das revolutionäre Proletariat in die Kerker und Gefängnisse wirft, sei es, daß man sie dort martert und quält.

Wir haben wiederholt in unseren Spalten auf die Foltermethoden der amerikanischen Polizei, den sogenannten „dritten Grad“ des Verhörs hingewiesen. Jetzt bringt eine sozialdemokratische Zeitung, der „Vorwärts“, aus Czernowitz Nachrichten über

Foltermethoden der rumänischen Siguranza

der dortigen politischen Sicherheitspolizei, die die Erzählungen von den Folterqualen, die irgend ein armes Weib, das im Mittelalter als Hexe angeklagt wurde, erleiden mußte, weit in den Schatten stellen.

Auch in Rumänien haben sich, hervorgerufen durch die ungeheuerlich verteilte Wirtschaftskrise, die Klassengegensätze immer mehr zugespitzt. Die dortigen Arbeiterorganisationen stehen unter einem ungeheuren Terror der faschistischen Sicherheitsorgane, der Polizei, die wahre Orgien in Kommunisten-Hetzen und -Razzien feiert.

Die Marterung Polia Vascauteanus

Bei einer solchen Razzia fiel der Siguranza die jugendliche Arbeiterin Polia Vascauteanu in die Hände. Das Mädchen verschwand tagelang spurlos in den gefürchteten Geheimkellern der Polizei. Was sich in diesen Folterkammern zugetragen, erfuhr man erst, als sie schließlich, halb zu Tode gemartert, dem Untersuchungsrichter überliefert wurde. Der Czernowitzer „Vorwärts“ veröffentlicht nun wortwörtlich die Aussagen, die die jugendliche Arbeiterin zu Protokoll gegeben hat:

„Ich wurde von den Siguranzabeamten zur Polizei gebracht und die Folterung begann in derselben Nacht. Von 11 Uhr nachts bis zur Tagesdämmerung wurde ich „verhört“.

Gleich zu Anfang wurde ich zu Boden geworfen, mit Füßen getreten, von einer Wand zur andern, von einem Schrank zum andern gestoßen, wobei mir gleichzeitig

ganze Haarbüschel aus dem Kopf gerissen wurden....

Diese Prozedur dauerte so lange, bis ich in Ohnmacht fiel.

Sobald ich wieder Lebenszeichen gab, wurde ich mit den Händen über die Füße

gebunden und dazwischen wurde ein Stock geschoben. Ich wurde auf zwei Sesseln aufgehängt, die Schuhe wurden mir ausgezogen und hierauf begann man, mich an Rücken, Gesäß und nackte Fußsohlen mit Bambusrohr, Holz und Gummiknütteln zu schlagen. Da ich alle fünf Minuten immer wieder in Ohnmacht fiel, wurde ich immer wieder mit Wasser angeschüttelt und gleich darauf weitergeschlagen....

Diese Torturen wiederholten sich fünf Nächte. Später erfanden die Polizisten eine neue Folter:

Sie stachen mit Nadeln in die Spitzen der Finger und der Zehen, in die Waden und ins Gemäß....

Polia Vascauteanu erzählt weiter, wie die Bestien in Menschengestalt sie an ihrem Geschlechtsteil gemartert haben und wie man sich während ihrer Ohnmacht an ihr vergangen habe.

Die Marterung Jossie Feldmanns

Diese Marterung einer jungen Arbeiterin ist aber kein Einzelfall. Der „Vorwärts“ aus Czernowitz veröffentlicht gleichzeitig die Erklärung eines jungen Kommunisten Jossie Feldmann, der ebenfalls in die Hände der Siguranza geraten war. Feldmann gab zu Protokoll:

„...mir wurden die Hände über die Knie gebunden. Zwischen Knie und Hände steckte man mir einen dicken und langen Stock. Seine Enden wurden auf zwei Tische gelegt, so daß ich mit dem Kopf nach abwärts zu hängen kam.

Die Agenten zogen mir die Schuhe aus und begannen mir Schläge auf die Fußsohlen zu versetzen. Sie gebrauchten Knüttel aus Holz, Gummi und Bambus. Nach dieser Bastonade (nach dem Polizeijargon „kleine Mühle“), die fast eine Stunde dauerte, banden sie mich los und zwangen mich, mit geschwellenen und blutenden Füßen herumzulaufen....

Oben auf pißte mir ins Gesicht und wischte es mir dann mit seinen Schuhen ab. Derselbe Agent begann, mich mit Nadeln in die Fußsohlen und in andre Körperteile zu stechen und schlug mir mit einem Stock auf die Hoden.

In den sogenannten Pausen, die nach jeder Stunde gemacht wurden, zog er mich mit seinen Händen an den Hoden und segte spottend, ich wäre bei bloßer Berührung sehr kitschig....

Von Zeit zu Zeit wurde ich an den Haaren hochgehoben und dann mit dem Gesicht zu Boden geschleudert....

Ich wurde bis gegen 12 Uhr nachts geprügelt. Nach neun Stunden außergewöhnlicher Qualen, auf äußerste erschöpft, niedergeschlagen, bestätigte ich alles, was man von mir verlangte....

Nicht vereinzelt, Tausende von Opfern

Nochmals betont: diese Fälle sind keineswegs vereinzelt, sie sind die Beispiele eines faschistischen Systems,

dessen Opfer nach Tausenden zählen.

Immer, wenn die rumänische Polizei irgendwo eine kommunistische Verschwörung entdeckt hat — und das geschieht jede Woche in einer anderen Stadt —, wiederholen sich die gleichen Greuel.

Ein beliebtes Mittel der Polizei ist die sogenannte „Maruschka“.

Es besteht darin, daß dem nicht geständigen Untersuchungshäftling Hände und Füße aneinander gefesselt werden, worauf er an einem horizontal gehaltenen Stock wie ein Rad herumgedreht wird, um von Zeit zu Zeit immer wieder mit großer Wucht auf den Boden geschleudert zu werden.

Noch eine andere raffinierte Untersuchungsmethode gibt es; so wurde ein Mädchen Nacht für Nacht geweckt und nach Verabreichung einer Tracht Prügel gezwungen, die beiden Stockwerke der Polizeiquartier fünfmal hinauf und hinunter zu laufen.

Und wehe, wenn der von Schlägen und von dürftiger Nahrung (täglich eine „Ciorba“ mit gekochten Wanzen darin und ein Viertel Brot) ermattete Körper stolperte oder sich nicht schnell genug bewegen konnte.

In haarsträubender Weise wird das primitivste Schamgefühl der Mädchen verletzt. Eine beliebte Untersuchungsmethode ist es, die armen Opfer zu einer Untersuchung auf ihre Jungfernschaft zu zwingen....

Diese Chronik der Greuel schließt damit nicht ab.

Der deutschen Arbeiterschaft müssen diese fürchterlichen Nachrichten aus der Hölle der Folterkammer der rumänischen Siguranza eine Mahnung sein. Die Schergen des deutschen Faschismus, die braunen Hitler-Söldlinge, gingen, falls sie an die Macht kämen, mit genau denselben Methoden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vor, wie es diese staatlichen Söldlinge des rumänischen Kapitals tun. Die bestialischen Morde, die SA- und SS-Leute an deutschen Arbeitern verübt — man denke an Potempa und Kreuzburg, die mit solcher Vertiertheit, mit solchem Sadismus verübt wurden —, deuten darauf hin.

Parteischule der SAP

Sonnabend, den 3. Dez., 19 Uhr u. Sonntag, den 4. Dez., vorm. 10 Uhr im großen Saal der Monistischen Gemeinde, Grünstraße:
Wochenendkursus mit Gen. Dr. Fritz Sternberg, Berlin

Thema: **Der Niedergang des deutschen Kapitalismus**

Erwerbslose: Vorverk. beide Kurse 15 Pf., an der Kasse je Veranstaltung. 10 Pf. Verdienner: Vorverk. beide Kurse 25 Pf., an der Kasse je Veranstaltung 20 Pf. Ab Dienstag sind die Vorverkaufskarten im Parteibüro zu haben. Die Veranstaltungen mit Gen. Dr. Fritz Sternberg sind bekanntlich immer schnell ausverkauft, deshalb ersuchen wir sofort um Abholung der Karten.

Und schließlich, quält und foltert man die revolutionäre Arbeiterschaft nicht genau so in den Kerkern Ungarns, Polens, Italiens, Amerikas?
Es ist Aufgabe des Proletariats, mit diesen Folterhöhlen und mit dem System, dessen Auswüchse sie sind, aufzukommen, damit unter der Herrschaft des Proletariats ein Zeitalter der wahren Humanität anbreche!



SAP Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat, Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

Erweiterter Parteivorstand: Mittwoch, 30. Nov., pünktlich 19.30 Uhr, bei Torchalla, Gelhornstr. 21. An alle Funktionäre der SAP und der SAP angehörigen Organisationen: Auf Beschluß des Parteivorstandes müssen sämtl. Organe und Untergruppen der Partei jeden Monat bis zum 25. ihr Monatsprogramm für den nächsten Monat im Parteibüro abgeben. Für den Monat Dezember müssen alle Meldungen bis spätestens 30. 11. erfolgen.

SAH, Dienstag, 29. 11., findet um 20 Uhr im Büro eine wichtige Sitzung des gesamten SAH-Vorstandes statt. Alles muß bestimmt erscheinen! Thema: SAH und IAV

Zentrale Funktionärversammlung, Dienstag, 6. 12., im Bergkeller. Referent: Dr. Fritz Sternberg, Berlin. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch der SAP. Erscheinen müssen alle SAP-Genossen und -genossinnen, die eine Funktion bekleiden in Partei oder in den proletarischen Massenorganisationen. Mitglieder haben als Gäste Zutritt.

Abt. Südwest: Mittwoch, 30. 11., Arbeitsgemeinschaftsabend mit Gen. Rarch bei Nickel, Opitzstr.

Freidenkerjugend, Gruppe Südost Breslau, Achtung, heut Punkt 20 Uhr im Heim, Tauentzienstr. 84, haben wir einen Diskussionsabend mit weltanschaulichen Gegnern, die ihr Erscheinen bestimmt zugesagt haben. Deshalb muß alles erschollen! Gäste willkommen! — Gruppe West beteiligt sich geschlossen am Gruppenabend von Südost.

Manistische Jugend Zentral, Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim, Grünstr. 14/16. Heutiger Abend mit Genossen Isaak Gäste willkommen

Kleine Sportnachrichten

Turnersparte 1. Bezirk, Mittwoch, 30. 11., abends 8 Uhr, im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses, Kampfrichterleistung für die Serienwettkämpfe Arbeiter-Samariter-Koloane Groß Breslau, Dienstag, um 20 Uhr Frauentag im Gewerkschaftshaus. Es findet ein ärztlicher Vortrag statt. Gäste willkommen.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate Herbert Scholz, Breslau, Verlag Max Rausch, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe, Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebuert, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

STADTTHEATER

Dienstag, 20 — gegen 22.30 Abonn.-Vorst. E 6

Der Opernbail

Mittwoch, 20 — gegen 22.30 Abonn.-Vorst. F 6

Mister Wu

Donnerstag, 19.30 — gegen 23

Der Teufeltreiter

LOBETHEATER

Täglich 20.15 — 22.10 Uhr Der große Netzkreislauf

Komödie der Irrungen

Täglich 20.15 — 22.15 Gastspiel der „Vier Nachbarn“ Der stärkste Leberöl!

Hier irrt Goethe

Wo decke ich meinen Bedarf?

Fleischermeister Max Latner Posenerstraße 23. Stets in Qualität - Niedrigste Preise.

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren Richard Polke, Anderssenstr. 16

f. Fleisch- und Wurstwaren Steinsauer Str. 6 Emil Lüdeck

Besucht das „Proleton“ Arbeiter-Sport-Kartell

WESTEN

Paul Frühauf Kolonialwaren usw. Bergstraße 22

Restaurations Traugott Riefe Weltendstraße 68 Treffpunkt aller Genossen Angenehmer Aufenthalt - Niedrige Preise

f. Fleisch- u. Wurstwaren Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Leinwandhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Straße 51 Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art Beachtet unsere Inserate

Maßschneidererei

Kürschnererei und Pelzpflege Damenmäntel und Kostüme P. Muschalle, Breslau 6 Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Stg. - Tel. 899 31

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Frankfurter Straße 154

Vor einem neuen Erlaß Brachts

Prostituierte sollen kaserniert werden — Freie Bahn der Polizeiwilkkür

Wir haben vor einiger Zeit auf die Pläne hingewiesen, die Dr. Bracht zur Hebung der Sittlichkeit angekündigt hat. Die Blamage des Zwickels scheint die kommissarische Preußen-Regierung nicht abzuhalten, in diesem Winter der schärfsten Krise das Volk mit neuen

Sittlichkeits-Verordnungen

zu beglücken. Dr. Bracht will, wie seinerzeit amtlich erklärt wurde, das Straßenbild der Großstädte von der Unmoral „säubern“. Dazu bedarf es einer Aenderung des seit 1927 in Kraft befindlichen „Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. Wir haben sofort beim Auftauchen dieser Pläne auf die sozialhygienische Gefährlichkeit und Rückschrittlichkeit einer solchen Gesetzesänderung hingewiesen.

Inzwischen ist aber, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfahren hat, um die geplante Brachtsche Neuordnung des Prostituiertenwesens ein heftiger Kampf der Fachleute und Fachverbände entbrannt, die das Ministerium mit ihren Eingaben bombardieren. Wir sind in der Lage, über diese äußerst wichtigen Vorgänge folgendes mitzuteilen.

Es sind im wesentlichen zwei gegenwärtige Gruppen, die um den Text des § 16 Abs. 3 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ringen. Mit diesem Paragraphen wurden die vorher geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Strafbarkeit der Prostitution abgeändert. Die jetzt gültige Fassung des Paragraphen lautet:

„Mit Haft wird bestraft... wer in einer Sittlichkeit oder Anstand verletzende oder andere belästigende Weise zur Unzucht aufzuredet oder sich dazu anbietet.“

Nach der Vorstellung der Gesetzgeber sollte die Prostitution selbst straflos bleiben und nur sogenannte „Ausbreitungen“ unter Strafe genommen werden.

Gegen diese Fassung des Gesetzes läuft das Zentrum Sturm.

Niemand anders als der jetzige Polizeipräsident Dr. Melcher hat in der Zeitschrift „Die Polizei“, 29. Jahrgang, Nr. 16, die Abänderung dieses Paragraphen gefordert. (Dr. Melcher hatte diese Forderung schon früher als Polizeipräsident von Essen erhoben.) Dr. Melcher beruft sich auf die „Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung“, die nach seiner Meinung dahin geht,

„daß ein öffentliches Unzuchtangebot stets und in jeder Form Sittlichkeit und Anstand verletzt.“

Dr. Melcher lobt die gute alte Zeit, da die Polizei in der Lage war,

„gegen jedes derartige Auffordern und Anbieten als einer Ordnungsstörung einzuschreiten.“

Nach der Ansicht Dr. Melchers muß es für einen „Kulturstaat“

eine Unmöglichkeit sein, die öffentliche Werbung zur Unzucht in irgendeiner Form auch nur stillschweigend — auch durch Nichtverbieten — zu sanktionieren.“

Auf Grund dieser Auffassung hat der Reichsinnenminister beim Reichsinnenministerium die Aenderung des Gesetzes verlangt. Nach den Forderungen der Zentrumsfrauen, die auch schon im preussischen Staatsrat erörtert worden sind, soll § 16 Abs. 3 nunmehr lauten:

„Mit Haft wird bestraft... wer öffentlich sich zur Unzucht anbietet oder dazu auffordert.“

Damit wird die Prostitution als solche unter Strafe gestellt und zu einem unbedingten Delikt gestempelt.

Welche Folgen muß eine solche Aenderung des Gesetzes haben? In dem Augenblick, da die Prostitution als solche unter Strafe gestellt wird, wird sie keineswegs aufhören, denn die Prostitution ist ein wesentlicher Bestandteil der bestehenden Gesellschaft, sondern sie wird nur von der Strafe verschwinden. Denn es ist klar, daß jedes Spaziergehen einer Prostituierten bereits den Teilbestand der öffentlichen Aufforderung darstellt.

Zumindest wird die Willkür der Polizeibeamten in jedem Fall entscheiden.

ob eine Aufforderung vorliegt oder nicht. Mühte bis jetzt vor Gericht der Beweis erbracht werden, daß eine Verletzung des Anstandes oder eine Belästigung vorlag, wird es jetzt nur auf die Meinung der Polizei ankommen, ob sie eine „Aufforderung“ festgestellt hat. Die Prostituierten werden also von der Strafe verschwinden müssen. Man wird zurückkehren müssen zu dem System der Reglementierung und Kasernierung. Gerade die Aufhebung der Reglementierung war aber der Hauptzweck des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Man wird nun im Namen der Moral Bordelle und Bordellstraßen wieder einführen müssen. Zu einer so paradoxen Forderung führt die Sittlichkeitsoffensive der Murkenmänner.

Über diese Zusammenhänge sind alle beteiligten Verbände sich klar. Sofort nach dem Bekanntwerden der Pläne der preussischen Regierung haben sich zahlreiche Fachleute und Verbände an die Regierung gewandt, um sie vor den katastrophalen Folgen der Gesetzesänderung zu warnen. So haben die folgenden Verbände — unter bürgerliche Frauenvereine — an den jetzt abgetretenen Reichskanzler Papen einen Warnungsbrief gerichtet: Deutsch-evangelischer Frauen-

bund, Bund deutscher Frauenvereine, Verband der evangelischen Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands, Bund für Frauen- und Jugendschutz, Bund deutscher Ärztinnen, Deutscher Verband der Sozialbeamtinnen.

Man kann sich vorstellen, welche Folgen die beabsichtigte Gesetzesänderung nach sich ziehen wird, wenn selbst solche bürgerlichen nationalen und kirchlichen Verbände die Regierung in der schärfsten Form warnen zu müssen glauben.

In der „Sozialen Praxis“ (20. Oktober 1932) wird darauf aufmerksam gemacht, daß seit dem Inkrafttreten des jetzt

bekämpften Gesetzes in Berlin die Geschlechtskrankheiten um 50 Prozent zurückgegangen sind,

und zwar hauptsächlich durch die Aufhebung der Kasernierung und Reglementierung. Die geplante Neuordnung wird aber die Prostituierten in Schlupfwinkel verjagen.

Luise Schöder (Altona) schreibt in diesem Zusammenhang:

„Man kann die Prostitution weniger sichtbar machen, ganz gewiß, aber niemals weniger gefährlich.“

Aber in der gleichen Eingabe, in der die Zentrumsfrauen die Bestrafung der Prostitution forderten, forderten sie auch das Verbot der Nacktkulturbewegung. Diese Forderung ist inzwischen, wie bekannt, von der kommissarischen Preußenregierung erfüllt worden. Es besteht also die größte Wahrscheinlichkeit, daß auch die andere Forderung des Zentrums erfüllt werden wird.

In einer Zeit, in der unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der Abwälzung aller Lasten auf die Massen das Elend wächst und damit in weiten Schichten der Zwang zur Prostitution als einzigen Ausweg vor Hunger

und Kälte, soll die Prostitution unter Strafe gestellt werden. Nicht, um sie zu verhindern, denn das wissen die Herrschaften zur Genüge, daß in der Gesellschaft der Warenproduktion auch die Liebe zu käuflichen Ware degradiert wird, sondern nur um sie „unsichtbar“ zu machen.

Das ist widerlichste Moralheuchelei.

Neues Erdbeben in Holland

Amsterdam, 28. November.

In verschiedenen Orten der Provinzen Limburg und Nord-Brabant wurden wieder Erdstöße wahrgenommen. Besonders stark waren die Stöße in der Stadt Hertogenbosch zu verspüren. Hier wurden drei Erdstöße verzeichnet, und zwar um 4,30 Uhr, 5 Uhr und 6 Uhr. Der letzte Erdstoß war der schwerste und ähnelte in seinem Charakter stark dem vor Wochenfrist abgetretenen Erdbeben.

Benzintank explodiert

Warschau, 28. November

Am Bahnhof von Brest Litowsk ist gestern ein mit Benzin gefüllter Tankwagen explodiert. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter verletzt. Das Unglück ist durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer herbeigeführt worden.



Heinrich Hauser: „Noch nicht“, Aufzeichnungen des Christian Heinrich Skeel. S. Fischer, Verlag, Berlin.

„Noch nicht“ heißt der Titel eines neuen Buches von Heinrich Hauser. „Noch nicht“ heißt lateinisch „nondum“, „nondum“ als die Bezeichnung für alles Junge, für alles werdende. Ein vielversprechender Titel, der der Gedankenwelt des dialektischen Materialismus entsprungen sein könnte.

Um so mehr als wir bisher von Hauser nie und da einen scharfen Wirklichkeitsinn für die sozialen Nöte der Gegenwart gefunden hatten. (Wir haben ja bereits einiges von ihm abgedruckt. Es sei nur an den Abschnitt Solidarität aus seinem Buche „Drackwasser“ erinnert!)

Das Buch hält aber nicht, was der Titel verspricht. Hauser verstrickt sich in Wirrnissen. Das Ganze ist unklar. Gefühlüberschwang verdeckt das Sachliche. Die Sprache ist kramphäufig. Hauser ist ein Mann, der mit seiner Befähigung, die Zusammenhänge der Wirklichkeit zu sehen, eigentlich in die Reihen des Proletariats gehört, gerät immer mehr in eine Sackgasse. Sein Können verpufft in Romanik.

Gewiß sind einige sehr feine Gedanken, einige sehr feine Stimmungsbilder darin. Wie etwa an der Stelle, wo er von der Wichtigkeit von den ersten Kindheitseindrücken spricht: „Aber mein erster Hund ist wichtiger gewesen als mein erstes Schuljahr und ein bestimmter Apfelbaum war mir lieber als mein ganzes Kinderzimmer.“ Das kennzeichnet den Unwert und die Sinnlosigkeit des kapitalistischen Schulsystems und des kapitalistischen Erziehungswesens.

Aber solche Gedanken sind nur vereinzelte und machen kein Buch aus. M.M.

Jeder Genosse, jede Genossin
wird einen Abonnenten für unsere
S A Z



Das erste Originalbild von dem Kinobrand in Madrid

Die Löscharbeiten der Madrider Feuerwehr an der Front des Palacio de la Musica, einem prächtigen Theaterraum, der fast ausschließlich für Kinovorführungen verwendet wurde.

Während einer gutbesuchten Vorstellung brach ein Feuer aus, das alsbald das gesamte Theater vernichtete. Eingedenk der Panik, die bei dem furchtbaren Madrider Theaterbrand vor vier Jahren den Tod von mehr als 80 Zuschauern verursachte, wahrte das Publikum strengste Disziplin und räumte in wenigen Minuten den Bau, ohne daß nur irgendeiner der Besucher verletzt wurde.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Die Frau vom häuslichen Herd.

Die Schischkowa und die Wjetrowa gaben ihre Kinder nicht in den Kindergarten. Die Wjetrowa verbarrikadierte sich in ihrem Zimmer, erschien weder im Klub noch im Speiseraum, noch in den Frauenversammlungen. Zweimal sah ich, wie sie im Hof hinter dem Haus Wäsche aufhängte. Unsauber, nachlässig angezogen, knochig, mit breitem, flachem Gesicht, fest zusammengepreßten Zähnen und versteckten Augen blickte sie mich menschenscheu und voll blindem Haß eine Sekunde lang an und wandte dann rasch den Kopf. Diese Begegnung deprimierte mich sehr. Ich sprach über sie mit Natascha, mit Luscha, mit den Wärterinnen, mit der Tschuschkina. Alle lächelten aus einem mir unbekanntem Grund rätselhaft. Natascha sagte mir ihrem gewohnten, spöttischen Lächeln und schaute dabei zum Fenster hinaus:

„Neue Häuser ohne Ratten gibt es nicht, sie ist wie ein Fuchs: sie folgt nur ihren eigenen Spuren.“

Ich beriet mich mit der Tschuschkina, ob ich zu dieser Frau gehen oder Wjetrowa beeinflussen sollte. Die Tschuschkina sah mich nachdenklich und müde an und seufzte:

„Wjetrow tut mir leid, sonst würde ich schon längst durch gesetzt haben, daß man sie hinausjagt. Man wird sie aber trotzdem vor unser Gericht bringen müssen. Sie hält uns in ewiger Angst. Sie ist zu allem fähig. Die bringt es fertig und legt sogar Feuer an. Vor einiger Zeit hat sie ein Kind bekommen, sie hat aber die Hebamme nicht über die Schwelle gelassen, irgendeine Pluscherin war bei ihr.“

„Ich werde aber trotzdem zu ihr gehen, Genossin Tschuschkina. Ich versuchs. Wenigstens sehe ich dann, was für eine Frau sie eigentlich ist.“

„Paß auf, Galja, sie wird dich sicher beleidigen... Dabei war sie einmal ein sehr braves Frauenzimmer. Es ist mir ganz unverständlich, was mit ihr passiert ist. Fast einhalb Jahre hat sie gelebt wie wir alle. Sie ist aus einer guten, reichen Familie, jetzt rebelliert sie.“

An irgendeinem Vormittag ging ich zur Wjetrowa. Ihr Zimmer lag am Ende des Ganges, ganz abseits von den anderen. Die Tür war geschlossen, die Kinder schrien durcheinander. Die Wjetrowa brüllte sie an, stampfte mit den Füßen, und ich hörte laute Schläge auf nackte Körper.

„Schweig, du Diebchen, ich erschlag dich! Daß auch noch immer der Teufel nicht geholt hat... Maschka, gib dieser Mißgeburt da den Sauger... Man kann ihm gar nicht rasch genug das Brot verkaufen... Wie ein Bierekl trübt er, dieser verfluchte Vielfraß.“

Ich klopfte schüchtern, mit zitternder Hand an die Tür. Die Tür öffnete sich nicht sogleich, mit mißtrauischer Vorsicht blickte mich nur ein Auge durch die Türspalte durchbohrend an. Grob fragte Anissja Matwejewna:

„Was ist los?“

„Ich möchte mit Ihnen reden, Anissja Matwejewna... wegen der Kinder...“

„Du ist nichts zu reden... Mach, daß du fortkommst... Schaut mal, wie sie da halbnackt herumläuft... Der Rock bis zu den Knien... Geh, solange du noch laufen kannst...“

Wütend knallte sie die Tür zu. Der Riegel wurde klirrend vorgeschoben, und aus dem Zimmer hörte man ihre vor Hast keuchende Stimme, die das Geheul der Kinder überschrie.

Zwei Welten

Kommune „Neue Erde“... das ist eine „neue Erde“, das ist das Festland in dem Inselmeer der bäuerlichen „Streifen“ und „Kopfstellen“. Die Dörfer und Bauernhöfe mit ihren weißen und grauen kleinen Kirchen und Kapellen, mit ihren gradlinigen Hinter-

höfen, die zum hügeligen Moorgrund hinunterrutschen, dampfen unter den Gebirgsketten wie brennende Düngerhaufen. Auf den Hügel hinter den Dörfern grünen und dunkeln Kreuz und Quer, in Vierecken, länglichen Streifen und keilartig die Bauernfelder. Dort stehen im Herbst und Frühling gleich schnurrbärtigen Heuschrecken die Wagen mit nach oben stehenden Deichseln, einzelne Pferde schleppen sich faul und müde, die Köpfe schüttelnd, über die Felder und ziehen hinter sich Pflüge und Eggen. Wenn der Bauer den Rücken krümmt und hinter dem Pferd dahinstolpert, so pflügt er sein Feld. Wenn eine Frau vor dem Pferd geht oder ein Junge vor ihm torkelt, so zieht das Pferd eine Egge. Dann geht nicht allzu weit hinter dem Pferd ein Bauer drein, schlankert mit den Armen und zählt angestrengt seine Schritte und Armbewegungen. Auf seinem Bauche hängt etwas, das wie eine Trommel aussieht, und er schlägt darauf im Takt seiner Schritte und Armbewegungen. Die Felder liegen im trüben Dunst, die abschüssigen Hügelhänge mit ihren Höhlen und Schluchten strömen zu den Dörfern und zum Sumpf, und in der stockenden Stille flimmert die ergebene Ferne. Ich werde immer traurig, wenn ich diese Bauernarbeit beobachte, diese einsame, kümmerliche und gramvolle Bauernarbeit. Ich betrachte diese menschenleeren Auhänge, diese ausgemergelten, scheckigen Pferdchen, diese stolpernden, schutzlosen Menschen, und in meinem Herzen seufzt ein längst vergessenes Gedicht, das ich vor langer, langer Zeit gelesen habe, und das in solchen Augenblicken in meinem Gedächtnis aufersteht:

Diese armen, armen Dörfler,
Diese dürftige Natur,
Ach du Land, du Land der Langmut...

Diese Felder sind weit entfernt, wie die Gespenster der Vergangenheit, wie Visionen, die in eine andere Welt eingegangen sind. Ich blicke auf diese Aussicht vom anderen Ufer her. Unser Land streckt sich über die Hügel und verschwindet hinter den hohen Gebirgsketten jenseits des Sumpfes. Unsere Felder sind nicht gefleckt und gemustert, sind nicht durch Raine, die mit Unkraut bewachsen sind, voneinander getrennt: das ist ein nicht

zu überblickendes, samtenes Feld, ein Meer aus grüner Seide, wenn die Wintersaat keimt, und im Sommer ein golden-berntsteinfarbener Ozean, dessen Wellen feurig glänzen und bis in die weite Ferne der Täler und Hügel flimmernd wogen. Es ist, als habe die Sonne die ganze Erde angezündet, als tobe eine Feuersbrunst über ihr, als fräßen die wogenden Flammen die Erde bis weit in die endlosen Fernen hinein. Im Sommer, an den kristallinen Tagen, kriechen Reihen von eisernen Ungeheuern schwer über die flammenden Felder und heimsen die Sonnenwellen des Weizens und Roggens ein. Und im Herbst und Frühling kämmen mit arbeitsfroher Hartnäckigkeit gelbe Staubschlangen hinter sich, Pflüge, zackige Eggen und vielreihige Sämaschinen in langen Kolonnen die Erde. Dort sehe ich keine müden, abgequälten Pferdchen, sehe keine durch die Furchen stolpernden, von Arbeit überlasteten Bauern. Ich sehe keine Mäher und Mäherinnen, die lange Tage sich unterwürfig vor der schwangeren Erde verbeugen und für jede Verbeugung magere Büschel heißen Strohs mit welken Ähren bekommen. Diese Büschel gleichen ihren welken Opfergaben, den spärlichen Bündeln wächserner Kerzenlichter, deren hungrige Flammenzünglein sie in der Kirche beim Beten erzittern lassen. Und ich begreife nun sehr gut diesen kränkenden Zusammenhang zwischen ihren Feldern und dem hundertyrlichen Kirchlein.

Wir haben zweitausend Hektar, und kein einziges Fleckchen darunter, das nicht von Pflügen aufgewühlt das nicht mit Getreide und Grassamer befruchtet, das nicht mit fetten Stickstoffen getränkt worden wäre. In diesem Meer der schwangeren und gebärenden Erde sind unsere Gebäude — die steinernen Wohnhäuser, die Wirtschaftsgebäude, die Werkstätten, die Stallungen und die Kornspeicher — eine Flotte, deren Kommando streng ausgewählt ist, und dieses Kommando kennt seine Ziele und Pflichten. Das sind Brüder und Kampfgenosse, die Treue und Freundschaft miteinander verbindet. Das ist eine aus dreihundert Menschen bestehende Familie. Sie haben nichts außer ihrer eigenen Kraft, sie sind aber Mitbesitzer des allgemeinen Gutes. (Fortsetzung folgt.)

Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus

Von J. Walcher

II. Der falsche Weg

Auf Seite 185 der von ihm herausgegebenen Geschichte der USP macht Eugen Prager, der in der USP zum rechten Flügel zählte, über die Stimmung, die in den revolutionären Novembertagen des Jahres 1918 in bürgerlichen Kreisen vorherrschend war, folgende Feststellung:

„Die Bourgeoisie hatte zuerst als mit einer Selbstverständlichkeit damit gerechnet, daß es mit ihren Privilegien nun für immer vorbei war. Konnte sie doch von allen biblischen Sprüchen den am besten, der da heißt: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, und wie sie bisher das Proletariat niedergelassen hatte, so erwartete sie jetzt umgekehrt, daß die Arbeiterklasse ihre bisherigen Unterdrücker ohne Gnade niederwerfen würde. Als nun aber gar nichts von dieser Art geschah, da sammelten sich nach den ersten Tagen der Verwirrung wieder jene Kräfte, die auf die Revolution mit der Gegenrevolution zu antworten gedachten.“

Worauf ist es zurückzuführen, daß sich die Befürchtungen der schuldbeladenen Bourgeoisie und andererseits die Hoffnungen der Arbeiterschaft durch den tatsächlichen Verlauf der Novemberrevolution als unbegründet erwiesen haben? Die Hauptschuld trifft die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie haben sich ja später oft genug ihrer Schande gerühmt und erklärt, daß es nur ihnen zu danken sei, daß Deutschland vor den Fluten des Bolschewismus verschont geblieben ist.

Wer auch nur im geringsten über die schwächliche Rolle unterrichtet ist, die von den Ebert-Scheidemann in den letzten Tagen der wankenden Monarchie gespielt wurde, ist sich darüber im klaren, daß von dieser Seite nie und nimmer eine Politik im Marxschen Sinne zu erwarten war. Das Zusammengehen der Unabhängigen mit den Scheidemann, Ebert, Landsberg auf der Grundlage der Parität war der erste verhängnisvolle Fehler und bedeutete im Kern bereits die Preisgabe der proletarischen Revolution, die Vereitelung des Sozialismus, den Sieg der Konter-Revolution.

„Mit dem Zauberwort Parität ist am 10. November 1918 das Reich vor dem Bolschewismus gerettet worden. Mit Hilfe dieses Zauberwortes konnte die SPD ihren politischen Einfluß ausüben, auch wenn, wie in Berlin, ihre Organisation schon zusammengebrochen war.“

(Aussagen des Sozialdemokraten Heine im Magdeburger Prozeß.)

Die Bildung einer Regierung von Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, an der außer den drei genannten Sozialdemokraten noch Haase, Barth und Dittmann in die USP beteiligt waren, wurde sogleich von einem Teil der Unabhängigen als schwerer Fehler richtig erkannt. Sogar Emil Barth, der schließlich doch in die Regierung eintrat, hat nach seinen eigenen Aufzeichnungen, als er von Dittmann erfuhr, daß beabsichtigt war, zusammen mit den Ebert-Scheidemann eine Regierung zu bilden, erklärt: „Was? Gemeinsame Regierung mit den Verrätern? Ausgeschlossen!“ Auch Richard Müller war dagegen. Genosse Ledebour lehnte die Zumutung, in die Regierung einzutreten, energisch ab, weil er, wie er erklärte, mit politisch so korrumpierten Leuten wie Scheidemann, Ebert, Landsberg nicht auf einer Ministerbank sitzen wollte und weil er auch klar voraussah, wozu eine solche Bundesgenossenschaft führen mußte.

Genosse Rosenfeld behauptete, ich hätte mich zu Unrecht mehrfach auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht berufen. Ich habe es mir nun angelegen sein lassen, zu den schwerwiegendsten Fehlern, die damals mit Unterstützung oder Duldung, wenn nicht der ganzen SPD, so doch ihres rechten Flügels begangen worden sind, Äußerungen Rosa Luxemburgs oder Karl Liebknechts anzuführen.

Zur Regierungsgemeinschaft mit den Scheidemannern sagte Rosa Luxemburg in einem Artikel vom 29. November 1918:

„Nachdem sie (die Unabhängigen) vier Jahre lang während des Krieges von der Brandmarkung der Scheidemann-Ebert als der Verräter des Sozialismus und der Internationale, als des Schandflecks und des Verderbs der Arbeiterbewegung lebte, — war ihre erste Tat nach Ausbruch der Revolution: sich mit Scheidemann-Ebert zu einer gemeinsamen Regierung zu verbinden und diese Prostitution eigener Grundsätze als „rein sozialistische Politik“ zu proklamieren.“

Der Versuch der Unabhängigen, gemeinsam mit den Henkern der Revolution den Sozialismus zu verwirklichen, verwirrte die Massen, erleichterte den Ebert-Scheidemann

ihre Verräterei und machte die unabhängigen Volksbeauftragten zum Feigenblatt der Konter-Revolution.

Von einer Zerstückung des bürgerlichen Staatsapparates, vom Aufbau einer proletarischen Staatsmacht, von der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats konnte bei einer solchen Bundesgenossenschaft keine Rede sein.

Die erste vom 9. November datierte Kundgebung der neuen Macht haben, die auch die Unterschrift des Unabhängigen Leidtrag, forderte die Massen zu „Ruhe und Ordnung“ und zum „Verlassen der Straße“ auf. Es folgte die Aufforderung zum „Abliefern der Waffen“. Später haben dann die Volksbeauftragten „für unbedingten Waffenbesitz“ Gefängnis bis zu 5 Jahren festgelegt.

Karl Liebknecht entgegnete auf diesem Kurs in der „Roten Fahne“ bereits am 10. November:

„Wir fordern im Gegenteil dazu auf, nicht die Straße zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und in jedem Augenblick auf der Hut zu sein. Die Sache der Revolution ist nur in den Händen des Volkes sicher.“

Am 12. November erklärten die Volksbeauftragten, daß sie

„das Eigentum gegen Eingriffe Privater schützen werden.“

Liebknecht sagte dazu in einer Rede, die er

am 23. November vor dem 53iger-Ausschuß der Marine hielt:

„Die heutige Regierung nennt sich sozialistisch, bisher hat sie jedoch nur zur Erhaltung des kapitalistischen Privateigentums gewirkt. Die von ihr eingesetzte Sozialisierungskommission ist ihrer ganzen Zusammensetzung nach eine Kommission gegen die Sozialisierung.“

Gegen die Stimme des Unabhängigen Barth, also mit Zustimmung von Haase und Dittmann, verordneten die Volksbeauftragten am 12. November:

„Das Vorgesetzten-Verhältnis der Offiziere bleibt bestehen.“

An den Staatssekretär des Reichsmarinamtes wurde am gleichen Tage von den Volksbeauftragten telegraphiert:

„Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauenskommissionen gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung zu unterstützen.“

In der bereits erwähnten Rede sagte Karl Liebknecht dazu:

„Die Wiederherstellung der Kommandogewalt war ein Axtstich in das Mark der Revolution. Ihr vor allem ist es zu verdanken, daß die Errungenschaften der Revolution vom 9. November bereits zum großen Teil wieder verloren gegangen sind.“

Führerrutsch

im spanischen Gewerkschaftsbund

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt einen Bericht über den vor kurzem stattgefundenen Gewerkschaftskongreß in Spanien. Es handelt sich um die sozialdemokratisch orientierte, dem IGB angeschlossene Gewerkschaftsrichtung (Union General de Trabajadores — UGT), die etwa ebenso stark ist, wie die in Spanien sehr bedeutende syndikalistische Föderation. Der Bericht in der „M.Z.“ ist in mehr als einer Hinsicht höchst interessant.

Da wird zunächst mitgeteilt, daß dies der erste Kongreß der UGT seit der spanischen Revolution war und daß es über die Sabotage des damaligen Generalstreiks durch die UGT-Führung scharfe Debatten gab. Aber schließlich, so heißt es in der „M.Z.“, wußten die zur Verantwortung gezogenen Führer aber im Verlauf der Tagung die Tatsachen genügend zu erhellen, so daß sich am Schluß der Aussprache ihre Schuldlosigkeit (!!) herausstellte. Die Abstimmung ergab dann auch ein Vertrauensvotum von 422 gegen 44 Stimmen für die leitenden Männer des Vorstandes, für Cordero, Carillo und Largo Caballero.

Nun kommt aber das für die „M.Z.“ höchst „Ueberraschende“. Sie berichtet nämlich weiter:

„Die Neuwahl des Vorstandes brachte fast allen (?) Kongreßteilnehmern eine Ueberraschung. Es wurden nämlich erkoren als Vorsitzender Basteiro, als zweiter Vorsitzender Saborit, als Sekretär Largo Caballero und als Hilfssekretär Trifon Gomez. Es waren also für die beiden Posten der Vorsitzenden neue Männer erkoren worden, obwohl beiden (bisherigen Vorsitzenden) der Kongreß kurz vorher ein Vertrauensvotum

ausgestellt hatte. Die Ueberraschung (!) war umso größer, als sowohl Basteiro und Saborit als auch Gomez entschiedene Gegner der Politik des Zusammengehens mit den bürgerlichen Republikanern — im Gegensatz zu Caballero und dem alten Vorstände — sind.“

Durch die Wahl des neuen Vorstandes ist eine Streitfrage aufgeworfen worden, und Largo Caballero glaubte besser zu tun, wenn er, um diesem Streit aus dem Wege zu gehen, seinen Posten als Generalsekretär niederlegte. Den gleichen Entschluß faßten drei andere, aus der alten Exekutive wiedergewählte Beisitzer.“

Die „Ueberraschung“ besteht offensichtlich nur auf Seiten der rechten Reformisten. Für jeden anderen Gewerkschafter, ganz besonders in Deutschland, ist selbst aus diesem tendenziös reformistischen Bericht ersichtlich, daß hier die große Unzufriedenheit der Mitglieder mit der UGT mit der bürgerlich-konterrevolutionären Politik der UGT-Führung zum Ausdruck kommt. Diesem Massendruck tragen die neu „erkorenen“ Basteiro, Saborit und Gomez Rechnung. Es wird Aufgabe der spanischen Gewerkschaftsmitglieder sein, bei diesem Erfolg nicht stehen zu bleiben, sondern weiter vorzutreiben und Sicherheiten zu schaffen, daß die UGT zu einem wirklich revolutionären Machtorgan der Arbeiterklasse ausgebaut wird.

Im übrigen müssen die deutschen Gewerkschaftsmitglieder soviel von ihren spanischen Kollegen lernen, daß sie ihren Leipzigs, Tarnows usw. auch bald solche „Ueberraschungen“ bereiten können.

Buchdrucker und ADGB-Programm

Am vergangenen Sonntag hatte der Buchdruckerverband Breslau eine außerordentliche Generalversammlung, die sehr gut besucht war. Im Mittelpunkt stand das Einführungsreferat des neugewählten Vorsitzenden, Koll. Birnbach, das zum Inhalt das ADGB-Programm hatte.

Bedauerlicherweise wurde ein Antrag auf Umstellung der Tagesordnung angenommen, so daß „Kassenangelegenheiten“ zuerst behandelt und die Zeit des Hauptreferats einschließlich Diskussion stark beschnitten wurde.

Die Zahlen, die der Kassierer, Kollege Steuer, angab, zeigten, wie auch unser Verband durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Mitgliedschaft Breslau setzt sich zusammen aus 730 Vollarbeitern, 115 Invaliden und 400 Arbeitslosen, von denen 210 vollkommen ausgesteuert sind.

Nach einer sehr ausgiebigen Diskussion wurde die Invalidenunterstützung um täglich 20 Pfg., und der Beitrag um wöchentlich 20 Pfg.

herabgesetzt. Eins aber steht fest: Mit dem Steigen der Arbeitslosenziffern werden weiter die Unterstützungssätze herabgesetzt. Das wird erst dann anders werden, wenn ein ernsthafter Kampf der Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit einsetzt.

Die Zeit war schon sehr weit fortgeschritten, als Kollege Birnbach sein Referat über das ADGB-Programm begann. Leider verbreitete er sich erst in einer einstündigen Einleitung über die Notverordnung vom 15. Juni 1932, die längst schon jeder von uns am eigenen Leibe gespürt hat. Schamhaft verschwie er, daß es vorher schon eine ganze Serie von Notverordnungen gab, die von Brüning stammten und von der SPD brav toleriert wurden. Nun habe auch die Papen-Regierung das Tarifrecht angegriffen. Der ADGB habe seine Mitglieder aufgefordert, sich gegen diesen Eingriff zu wehren. (Wie das gemeint war, zeigte der Berliner Verkehrstreik.) Diejenigen, die über den Wohlfahrtsstaat schimpfen, scheuen sich nicht, auf

jede Art und Weise Subventionen zu erlangen. Bei den zu vielen Beispielen wurde auch auf die Landwirtschaft hingewiesen, die in den Jahren 1924—1931 rund 2½ Milliarden Mark Reichszuschüsse geschluckt habe. Zweifelslos ist diese Feststellung richtig, aber es reizt uns doch, an den Ausspruch des Landbundführers zu erinnern, daß „selbst die Bulow-Regierung nicht soviel für die Agrarier getan habe, wie die Regierung H. Müller“. Trotzdem sei die Wirtschaftskrise nicht aufzuhalten. Die Produktionskapazität zeige weiteren Niedergang.

Ein anderer Weg (!) müsse gegangen werden. Denen, die sich mit sozialistischen Fragen beschäftigen, könne der Beweis erbracht werden, daß sich das ADGB-Programm für die Planmäßigkeit einsetze. Nun würden die Punkte kurz gestreift. Die Krisen müssen beseitigt werden durch Steigerung der Massenkäufkraft und Arbeitszeitverkürzung. Der Weisheit letzter Schluß war, daß die Kollegen zusammenhalten sollen, keine Kritik üben und Vertrauen zur Führung haben sollen.

Interessanter war die Diskussion, die nur von Kollegen bestritten wurde, die dem ADGB-Programm ablehnend gegenüberstünden. Unser Genosse Fischer belehrte den Redner, daß man in der Gewerkschaft keine Parteipolitik treiben kann. Der ADGB ist auf dem Holzwege, wenn er glaubt, durch das parlamentarische System einen Umbau der Wirtschaft zu erreichen. Der Kampf müsse außerhalb parlamentarisch geführt werden.

Genosse Majchrzak ging auf die einleitenden Sätze des Programms ein, die soviel gegensätzliches enthalten. Ganz richtig wird gesagt, „daß der Kapitalismus überwunden werden muß, wenn die Krisen ausgeschaltet werden sollen“. Dieser Satz aber wird illusorisch gemacht, wenn der heutige kapitalistische Staat aufgerufen wird, die Planwirtschaft in die Hand zu nehmen. Die Arbeiterklasse habe zu entscheiden zwischen Kapitalismus und Sozialismus, ein Mittelweg gibt es nicht.

Genosse Kalinke machte aufmerksam auf die Parallele, die zwischen der sanft entschlafenen „Wirtschaftsdemokratie“ und dem ADGB-Programm bestehe. Das Proletariat müsse sich jede Position Schritt für Schritt im Kampf erobern. Unsere Forderungen müssen gestellt werden ohne Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft und den kapitalistischen Staat.

Kollege Heinrich (KPD) wendete sich gegen die provozierende Versammlungsleitung des Kollegen Reim. Er unterbreitete dann der Versammlung ein „Kampfprogramm“ mit dem Antrag, es zu drucken und den Mitgliedern zugänglich zu machen. Das wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Referent machte es sich im Schlußwort leicht, indem er bemerkte, daß die Fassungen unserer Genossen deshalb schärfer seien, weil sie „linker“ sind. Wir würden aber noch oft Gelegenheit haben, uns auseinanderzusetzen.

Jawohl! Diese Gelegenheit werden wir ausnützen und die Kollegen aufklären über eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik. Unsere Genossen brachten noch einen Antrag ein, der einstimmig angenommen wurde:

Telegramm an die Chemnitzer Staatsanwaltschaft.

Die außerordentliche Generalversammlung der Breslauer Buchdrucker protestiert auf das entschiedenste gegen die Verurteilung des Arbeiters Bartl und verlangt Aufhebung des Todesurteils.

„Kampfgewerkschaft“

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Lese ich da in der Nr. 48 meines Verbandsblattes „Der Grundstein“ den Leitartikel. Und der lautet so an: „Mögen Unberufene und Feinde noch so sehr an ihnen herumörgeln und sie bespucken: Unsere Gewerkschaften sind Kampforganisationen.“

Ich muß zu meiner tiefen Scham gestehen, da blieb mir die Spucke weg. Wohl bin ich davon überzeugt, daß es heute mehr denn je notwendig ist die Gewerkschaften, die heute wesentlich nur Wahl- und Werbemaschinen für eine Partei vom Schlage der SPD sind und die beinahe jeden Kampf scheuen und verhindern, wieder von unten herauf zu Kampforganisationen umzugestalten; aber vom Verbandsblatt-Redaktionstisch her zu behaupten, daß unsere Gewerkschaften Kampforganisationen sind, das halte ich denn doch, gelinde ausgedrückt, für den Gipfel der Uebertreibung. Doch vielleicht bin ich ein Ausnahmefall. Aber da gibt es ja über 5 Millionen, nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung sogar über 7 Millionen Arbeitslose, zu denen ich ja auch gehöre. Sie diskutieren auf den Straßen und ich habe versucht, einiges aufzuschneppen. Zum Beispiel über Unterstützungssätze, Miet- und Lebenshaltungskosten und auch über die Politik. Nur, daß unsere Gewerkschaften Kampforganisationen sind, davon habe ich nie etwas gehört. Schließlich habe ich, gestützt auf die Ausführungen des „Grundstein“ Nr. 48 selbst versucht, davon anzufangen. Und... na ja, es war ein Schupo da und so bin ich mit heiler Haut heimgekommen. Den Massen scheint eben doch noch das Verständnis für gewerkschaftliche „Taktik“, „Friedenspflicht“ usw. zu fehlen.

Werbt Abonnenten!

Gasthaus „Zur Blume“, NiederhaBlau
Morgen Donnerstag, den 1. Dezember 1932

Großes Schlachtfest!

Freundlichst ladet ein

Emil Dietze und Frau